

# «Der Bund muss den Schaden übernehmen»

Seit zwei Wochen sind nun Beizen und Restaurants wegen Corona geschlossen. Für die Wirte ist dieser zweite «Gastro-Lockdown» hart. Marco Heinzer, Präsident von Gastroschwyz, fordert im Interview klar Hilfen des Bundes, um die Krise überstehen zu können.

mit Marco Heinzer  
sprach Wolfgang Holz

Herr Heinzer, seit zwei Wochen sind nun Beizen und Restaurants wegen Corona erneut geschlossen. Wie geht es Ihnen da persönlich als Wirt des Grosser Landgasthofs Seeblick?

Mir geht es sehr gut. Unsere Familie ist gesund, und wir konnten ruhige und schöne Weihnachten feiern mit der Familie.

Wie geht es Ihnen als Präsident von Gastroschwyz – schliesslich handelt es sich ja bereits um den zweiten Gastro-Lockdown wegen der Corona-Pandemie?

Als Präsident bin ich sehr besorgt um unsere Mitglieder. Einige haben und werden es sehr schwer haben. Die Lage ist ernst und wir kämpfen.

Wie sieht die Situation bei Ihren Kollegen aus – soweit Sie das beurteilen können? Stehen einige Gastrobetriebe in unserer Region vor dem Konkurs?

Das kann ich nicht beurteilen. Es wird sicher der eine oder andere schliessen müssen oder sicher über die Bücher gehen; «wie weiter?».

Bei der Lichter-Aktion neulich «Es brennt» zum erneuten Lockdown haben ja spontan viele Gastrobetriebe mitgemacht. Hat dieses SOS-Zeichen aus Ihrer Sicht etwas bewirken können? Spüren Sie Solidarität Ihrer Gäste?

Ja sicher, die Bevölkerung begreift zum Teil nicht, wieso wir schliessen müssen. Für uns ist klar, die Gesundheit geht vor, und wir sind solidarisch so wie unsere Gäste. Wir setzen alles daran, dass wir arbeiten dürfen. Es betrifft auch unsere Zulieferer und Mitarbeiter sowie auch die Lehrlinge. Bei ihnen fallen auch wichtige Monate weg für die praktische Berufsbildung.



Marco Heinzer von Gastroschwyz hofft, dass sich durch die Corona-Impfung auch die Lage der Gastronomiebetriebe verbessern könnte.

Haben Sie denn schon einen Überblick, in welcher Höhe finanzielle Unterstützung aus dem Härtefallprogramm der Kantone und des Bundes fliessen wird?

Das mit dem Härtefallprogramm ist sehr schwierig. Es ist so ausgearbeitet, dass unsere Betriebe gar nichts bekommen. Wir stehen im engen Kontakt mit dem Bund und der Regierung. Es muss noch vieles angepasst werden. Sonst wird nicht unbedingt viel aus der Staatskasse in unsere Betriebe fliessen.

Kommt diese Hilfe zu spät – und hat die Schwyzer Gastronomie eigentlich schon Entschädigungen bekommen für den ersten Lockdown?

Bei den gesunden Betrieben spielt die Zeit weniger eine Rolle. Es gibt da auch Systeme mit Vorauszahlungen... Aber es muss eine Entschädigung kommen, sonst wird es prekär. Wir müssen einfach alle Instrumente ausnützen wie den Covid-Kredit und die Kurzarbeit.

Finden Sie die augenblickliche Lockdown-Situation für die

Gastronomie ungerecht, schliesslich dürfen die Läden öffnen, und in manchen Regionen kann man sogar Ski fahren?

Sicher ist es ungerecht. Es ist wirklich ein Wirrwarr. Wir möchten auch arbeiten. Aber wenn der Bund es befiehlt, machen wir es doch. Wir wollen nicht die Bösen sein. Der Bund muss aber auch den Schaden übernehmen.

«Die Bevölkerung begreift zum Teil nicht, wieso wir schliessen müssen. Für uns ist klar, die Gesundheit geht vor.»

Befürchten Sie, dass der Gastro-Lockdown über den Januar hinaus verlängert wird?

Das kann ich nicht beurteilen. Ich hoffe es aber nicht.

Nach dem ersten Lockdown haben viele Wirte auf Take-away-Service umgestellt. Rechnet sich dieses Angebot oder ist das nur ein Tropfen auf den heissen Stein?

Es ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Aber für die einen eine Überlebens-Chance.

Was macht Ihnen Hoffnung in der augenblicklichen Krise?

Ich hoffe natürlich, dass es einmal ein Ende gibt. Mit der Impfung sollte vielleicht mal ein Grundstein gelegt werden, aber wir werden noch lange mit speziellen Massnahmen rechnen müssen.

## Lücken im Auffangnetz schliessen

Regierung soll in Sachen Covid-19-Hilfe nochmals über die Bücher.

Für die Kantonsräte Jonathan Prelicz (SP, Goldau), Franz-Xaver Risi (CVP, Lachen), Thomas Hänggi (SVP, Schindellegi) und Django Betschart (GLP, Ingenbohl) ist klar, «dass trotz Härtefallverordnung und weiteren Angeboten auf Basis des Covid-19-Gesetzes zahlreiche Unternehmen und Personen durch die Maschen der Massnahmen fallen werden».

Deshalb fordern sie die Regierung in einem Postulat auf, nochmals über die Bücher zu gehen. Sie soll prüfen, ob weitere Massnahmen getroffen werden können, damit Lücken im Covid-19-Auffangnetz geschlossen werden «und alle betroffenen Personen und Firmen verhältnismässig mit à-fonds-perdu-Beiträgen unterstützt werden können».

Gut aufgestellt für nach der Krise

«Jene Kantone, die eine gut strukturierte und erfolgreiche Wirtschaft ohne Konkurswelle und ohne explodierende Arbeitslosenzahlen durch die Krise bringen, werden nach der Krise am schnellsten leistungsfähig sein und am schnellsten wieder ihre Ertragssituation steigern können», schreiben die Postulanten. Deshalb sei es entscheidend, in diesem durch Covid-19 verursachten Wirtschaftseinbruch die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber soweit möglich zu unterstützen.

Die vier Kantonsräte verweisen auf das Beispiel des Nachbarlandes Österreich. «In Österreich werden Betriebe, die von Sperren betroffen sind, 80 Prozent des Vorjahresumsatzes im entsprechenden Monat entschädigt. Wichtig ist dabei, dass der finanzielle Schaden wirklich nachweisbar im Zusammenhang mit Corona-Massnahmen steht.»

Miteinbezogen werden sollen auch Personen mit mehreren befristeten Arbeitsverhältnissen «wie beispielsweise im Kultursektor oder in der Eventbranche». Namentlich genannt werden auch Verlage, Kulturvereine oder die Bereiche bildende Kunst und Literatur. (fan)

## Aus Pfäffikon, nicht aus Euthal

Im Bericht «Schneeschuhtouren sind im Trend» vom 5. Januar ist der Redaktion ein Fehler unterlaufen. So wohnte August «Gusti» Zollinger nicht in Euthal, sondern mehrere Jahre in Pfäffikon. Dort war er unter anderem Ortschef des Zivilschutzes. (red)

# Verwaltungsgericht soll noch vor Schwyzer Corona-Demo entscheiden

Am Samstag findet in Schwyz die grosse Corona-Demo mit Liveübertragungen nach Altdorf, Stans und Sarnen sowie im Internet statt. Über die Maskenpflicht für die Redner entscheidet das Verwaltungsgericht.

von Andreas Knobel

In irgendeiner Form wird Schwyz am kommenden Samstag, 9. Januar, so oder so zum «Corona-Hotspot» werden. Dies muss sich nicht auf allfällige Ansteckungen beschränken. Denn das Aktionsbündnis Urkantone will auf dem Schwyzer Hauptplatz all die umfangreichen Bewilligungsaufgaben der Behörden einhalten (Ausgabe vom 24. Dezember). Dies bekräftigte Josef Ender als Sprecher der Organisatoren am Montag in einer Medienmitteilung. Ziel sei es nämlich, «den Behörden keinen Vorwand zur Auflösung der Kundgebung zu bieten».

Maskenpflicht auch für Redner?

Im Fokus dürfte die Maskenpflicht stehen, die die Verantwortlichen durchzusetzen haben. Deshalb würden den Teilnehmenden Protestmasken

verteilt, kündigt Ender an. Die Menge lässt sich dabei leicht berechnen, denn die Teilnehmerzahl wurde behördlich auf 400 beschränkt.

Noch ist allerdings nicht ganz klar, ob eine Maskentragpflicht auch für die Redner Bestand hat. Dies war ja damals bei der ersten Demo vom

«Wir wollen den Behörden keinen Vorwand zur Auflösung der Kundgebung bieten.»

Josef Ender  
Sprecher Aktionsbündnis Urkantone

21. November in Lachen einer der grossen Streitpunkte und führte zu mehreren Strafanzeigen.

Nun jedoch hat Rechtsanwalt Oswald Rohner im Auftrag des Aktionsbündnisses eine Verwaltungsbeschwerde beim Schwyzer Regierungsrat eingereicht. Diese habe die Regierung als sogenannte Sprungbeschwerde direkt an das Verwaltungsgericht Schwyz überwiesen, wie Ender schreibt. Es eilt also: «Aufgrund der Fristansetzung des Verwaltungsgerichts Schwyz mit nicht erstreckbarer, bis 5. Januar angesetzter Frist für den Schwyzer Regierungsrat und die Schwyzer Kantonspolizei wird mit einem rechtskräftigen Urteil vor dem 9. Januar, also noch vor der Kundgebung, gerechnet.»

Ob die nicht weniger als zehn Redner, darunter der Lachner Ex-SVP-Regierungsrat René Bünter, nun auch auf dem Podest eine Maske tragen

müssen, wird allenfalls also erst kurz vor der Durchführung bekannt. Sicher ist jedoch, dass sich die Gemüter rund um diese Kundgebung zünftig erhitzen werden – und zwar nicht nur auf den Plätzen, sondern in der ganzen Schweiz.

So oder so ein Riesen-Event

Das Aktionsbündnis Urkantone ist denn auch um eine möglichst breite Streuung seiner Anliegen bemüht. So wird die Kundgebung nicht nur live nach Altdorf, Stans und Sarnen übertragen, sie kann auch live im Internet verfolgt werden. Für die Übertragung seien zehn Techniker sowie vier Kameraleute und vier Kommentatoren im Einsatz, heisst es in der Medienmitteilung. Somit dürfte diese Demo «gegen die Corona-Willkür» schweizweit eines der grössten Events während der Corona-Pandemie werden.

REKLAME

### ANLAGEFONDS



Schwyzer Kantonalbank

Bezeichnung	Währung	Indices	Inv. Wert	YTD%
SZKB Strategiefonds Zinsertrag Plus A	CHF	2/11	103.49	0.2
SZKB Strategiefonds Einkommen A	CHF	2/11	106.31	0.1
SZKB Strategiefonds Ausgewogen A	CHF	2/11	117.04	0.1
SZKB Strategiefonds Wachstum A	CHF	2/11	126.38	-0.1

2 = plus Ausgabe-Kommission; f = Rücknahme erfolgt zum Inventarwert; e = Vortagspreis; f = frühere Bewertung